

# Der Anzeiger

Druck-Verlag: Kottbush & Rottches, Herne, Bebelstr. 8, neben der Hauptpost.  
Erscheinung 60 Mal im Monat, am Sonntag und Feiertage. / Preis: 60 Pf. pro Jahr, frei ins Haus gebracht. / Postbezugspreis: 1,20 Mark pro Jahr.  
Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Leo Reiners, für den Anzeigen- und Verlagsenteil: Carl Wietfeld, beide in Herne.

Kreisanzeiger für den Stadtkreis Herne  
Göbinger Anzeiger, Götter Anzeiger

Amtlich beglaubigte Abonnentenzahl  
Jeder Abonnent ist gemäß den Bedingungen mit Mark 250.- versichert, wenn durch einen Unfall der Tod oder Dienstunfähigkeit eintritt.

Anzeigenpreise: 1 mm Raumhöhe lokal 1 Pf., auswärtig 2 Pf., Arbeits- und Wohnungsmarkt 3 Pf., 1 mm Raumhöhe, im Verlagsenteil 30 Pf. Der auf die Inserate eingebrachte Nachschub oder Nachzahlung wird bei Kontanten und gerichtlicher Klage billigt. / Fernsprech-Anschluss: Sammel-Nummer 82641 / Telegramm-Adresse: Anzeiger Herne.

Nr. 46 (Erstes Blatt)

Samstag, den 22. Februar 1929

25. Jahrgang.

## Die Koalitionsverhandlungen auf dem toten Punkt.

Brauns Verhandlungsmission gescheitert. — Unerhörte Zumutungen der Volkspartei an das Zentrum. — In Preußen durch die Volkspartei gescheitert. — Im Reich stehen Veruche des Reichskanzlers bevor.

### Die Lage gründlich verfahren. Das Zentrum wahrt seine Rechte.

Von unserer Berliner Vertretung.

— Berlin, 22. Febr. (Telegr.)

Die Zumutung der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, daß das Zentrum in Preußen auf einen Ministerposten verzichten und durch einen Reichsminister die Personalkommission zwischen dem Reich und dem Preußenparlament stellen solle, ist von der preußischen Landtagsfraktion des Landtags heute, wie nicht anders zu erwarten war, klar und eindeutig zurückgewiesen worden. Damit ist die preußische Regierungssache wieder

auf dem toten Punkt.

angelangt, und der Ministerpräsident Braun hat denn auch, als ihm der Befehl des preußischen Zentrums bekannt wurde, den er, wie aus seiner Unterredung mit den Volksparteiern am Donnerstag hervorzuheben, gar nicht anders erwartet hatte, erklärt, daß seine Mission als Verhandlungsführer nunmehr erledigt sei. Es scheint zwar, daß Reichsaußenminister Stresemann und die Reichsstaatsfraktion der Deutschen Volkspartei mit dem Verhalten der preußischen Landtagsfraktion nicht einverstanden sind, und man erwartet allgemein von dem Reichsparteivorstand der Deutschen Volkspartei eine Einwirkung auf die Landtagsfraktion in der Richtung, daß diese nun doch nachträglich noch den am Donnerstagabend abgelehnten Vorschlag des preußischen Ministerpräsidenten annehmen solle. Ob der Reichsparteivorstand der Deutschen Volkspartei einen solchen Befehl fassen und ob derartige Bemühungen, die preußische Landtagsfraktion von ihrer ablehnenden Haltung abzubringen, von Erfolg begleitet sein werden, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen.

Die unangenehm nahegehenden Führern der Deutschen Volkspartei, die von der Landtagsfraktion heraufbeschworene Situation ist, geht u. a. aus einem Bericht hervor, den der Führer der Reichsstaatsfraktion der Deutschen Volkspartei, der Hdr. Scholz, heute erneut unterbreitet hat, um die von der Volkspartei des preußischen Landtags verlangte

politische Lage auf dem Rücken des Zentrums auszutragen. Herr Scholz hat im Laufe des Tages dem Zentrumsführern Raas und Stegerwald mit der von ihm gewünschten Ungenauigkeit den Vorschlag gemacht, das Zentrum möge sich im Reich mit 2 Reichsministern begnügen, dafür in Preußen 3 Ministerstellen, wozu einer Reichsminister ohne Portfeuille werden solle. Dieser Vorschlag, der die Deutsche Volkspartei in Preußen sich mit 2 Ministerstellen begnügen und zwar mit dem Handelsminister und einem Minister ohne Portfeuille. Es war selbstverständlich, daß die Zentrumsführer die Lösung gar nicht ernst nahmen, sondern Herrn Scholz eine glatte Absage erteilten.

Daß das Zentrum allen Grund hat, sich nicht von der Deutschen Volkspartei am Gängelband führen zu lassen, sondern ihr

mit großem Misstrauen

zu begegnen, geht einmal wieder daraus hervor, daß jetzt preußische Kreise mit der fälschlichen Behauptung haushieren, die Vereinbarungen der Lage in Preußen sei nicht an den Personalwünschen der Deutschen Volkspartei geknüpft, sondern daran, daß das Zentrum von der preußischen Landtagsfraktion

eine Ministeraufgabe zum Konflikt

verlangt habe. Diese Behauptung ist absolut unwahr. Das Gegenteil ist richtig. Das Zentrum in Preußen war bereit, mit den liberalen Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei den Text des Konflikt zu vereinbaren und nur auf diesen vereinbarten Text die Volkspartei festzusetzen. Auf diese Mindestanforderung konnte das Zentrum noch keine unannehmlichen Verhältnisse der Deutschen Volkspartei beim Reichsausschuß nicht verzichten. Im übrigen waren, soweit wir unterrichtet sind, mit diesem Vorschlag auch die Parteileitung der Deutschen Volkspartei, insbesondere Reichsaussenminister Stresemann, durchaus einverstanden. Jedenfalls ist durch die Schuld der Deutschen Volkspartei die Lage in Preußen jetzt vollkommen verfahren.

Was angesichts dieser Tatsache jetzt im Reich werden soll, ist ebenfalls noch durchaus ungewiß. Es verläutet zwar, daß

der Reichskanzler die Absicht habe,

nunmehr einfach 3 Zentrumsmister zu ernennen. Aus politischen Kreisen hört man demgegenüber die Drohung, daß die Deutsche Volkspartei in diesem Fall ihre beiden Minister aus der Regierung zurückziehen werde. Wie die Zentrumsfaktion des Reichsausschusses sich zu einem solchen Vorschlag des Reichskanzlers stellen würde, steht noch nicht fest.

Der Reichskanzler beschließt, wie man am frühen Abend noch erfährt, morgen dem Reichspräsidenten über die verfahrenen politische Lage Bericht zu erstatten. In sozialdemokratischen Kreisen spricht man ganz offen davon, daß der Reichskanzler, wenn er die Überzeugung gewonnen habe, daß eine Lösung im Reich unmöglich sei, darauf

die Konsequenzen ziehen und zurücktreten

wolle. Noch ist es nicht soweit. Es ist durchaus noch möglich, daß der Reichskanzler zu anderen Entschlüssen kommen und aus der von ihm allmählich eingehaltenen Reserve heraustreten wird.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat, wie am frühen Abend bekannt wird, seinerseits keine politischen Wünsche geäußert, sondern sich dafür entschieden, den Parteivorstand der Partei für Dienstag nächster Woche nach Berlin einzuberufen. Dieses Gremium hatte seinerzeit die Gleichzeitigkeit der Regierungsbildungen in Reich und Preußen gefordert. Offenbar ist der Parteivorstand einberufen worden, um noch einmal nach dem Scheitern der Vermittlungsbildungen des preußischen Ministerpräsidenten zu diesem über den Reichsausschuß zu nehmen. Vor Dienstag dürfte demnach keine Entscheidung fallen, umso weniger als der Reichstag und damit die Fraktionen bis dahin sich ebenfalls vertagt haben.

## Aus den Berliner Parlamenten.

### Deutscher Reichstag.

— Berlin, 22. Febr. (Telegr.)

#### Betriebsicherheit der Reichsbahn

Die Aussprache über die Betriebsicherheit der Reichsbahn wird fortgesetzt. Hdr. Wollast (Wittich) geht auf das getriggerte Eisenbahnunglück in Magdeburg ein. Hier habe sich wieder einmal gezeigt, wie gefährlich die Verwendung elektrischer Wagen sei und wie bedenklich es mit der Durchdringung der Dienstvorschriften sei. Die durch einen einfachen Schienenwechsel zu Wagen 3. Klasse umgewandelten Wagen 4. Klasse müßten sofort auch besser eingerichtet werden. Bei Schienenwechseln müßten aus Unfallsfällen sollte die Reichsbahnverwaltung entgegenkommender sein als bisher. Eine Verabreichung der Dienstvorschriften müßte mitgeteilt werden.

Hdr. Wollast (Wittich) betont, es sei die Mittel der Reichsbahn nicht ausreichten, um den Oberbau, das Schienennetz und Wagenmaterial in angemessener Weise zu erneuern. Das Lokomotivmaterial bedürfe sich mit Recht über die mangelhaften Unterhaltungsarbeiten, die ihm während der Winterzeit geboten werden. Die Reparationskosten der Reichsbahn seien auf der Höhe zu halten. Das Reich muß schließlich auch eine gewisse Abgabe von der Reichsbahn erhalten.

Reichsaussenminister Dr. Scholz hält einen tabellarischen Überblick über die Wirkung der letzten Tarifherabsetzung. Das letzte Vierteljahr 1928 habe im gesamten Reich eine Mindereinnahme von 163 Millionen abgezeichnet. Dabei müßte aber die abnorme Kälte im letzten Monat berücksichtigt werden. Am Ende des Jahres habe sich eine starke Wirtschaftslage in die 2. Klasse gekehrt. Das Ergebnis der Wirtschaftslage der Reichsbahn habe zusammengefaßt: Die Betriebsicherheit der Reichsbahn ist allgemein zu bejahen. Ob sie für die Zukunft weiter gegeben ist, ist eine offene Frage und wird davon abhängen, welche Maßnahmen dafür gemacht werden. Für uns steht die Betriebsicherheit im Vordergrund. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, alle Schritte zu unternehmen, die zur Aufrechterhaltung der Betriebsicherheit erforderlich sind.

Die Reichsbahnverwaltung wird nach Schluß der gemeinsamen Verhandlungen mit großer Mehrheit angenommen.

Am 25. Febr. verläßt das Haus auf Dienstag den 26. Februar.

#### Sparvorschläge der Volkspartei.

Am 22. Febr. hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in ihrer heutigen Sitzung zur Frage der Wahrung des Haushalts folgenden Vorschlag gemacht: 1. Der Haushalt muß ohne neue Steuern

ausgeglichen werden. 2. Um dies zu erreichen, ist der Haushalt um rund 300 Millionen Mark zu entlasten.

a) Von dieser Geldsumme sind rund 200 Millionen durch Abkürzungen im ordentlichen Haushalt für 1929 zu erzielen. b) Angesichts der finanziellen Not des Reiches und der Überlastung der Wirtschaft ist auch bei den Ländern und den Gemeinden größte Sparmaßnahmen unabweisbar. Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß die Länder auf Grund bestehender Vorarbeiten zuteilnehmende Beiträge aus den Ueberweisungsfonds nicht nur um die von der Regierung vorgeschlagenen 120 Millionen Mark, sondern um 300 Millionen Mark gekürzt werden. c) Die Länder sind trotz dieser Kürzung noch immer erheblich mehr erhalten, als die ihnen gewährte Mindestsumme von 200 Millionen. Da eine Erhöhung der Realsteuern dem Zweck der Entlastungsmaßnahmen widersprechen würde, so sind Vorkehrungen gegen eine solche Erhöhung zu treffen. d) Nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern vor allem aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus fordern wir die Hebung der Gleichstellung der Betriebe der öffentlichen Hand mit denen der Privatwirtschaft.

Der Reichstag ist dem Reichsausschuß übermittelte worden.

### Preußischer Landtag.

— Berlin, 22. Febr. 1929. (Telegr.)

Der preußische Landtag erledigte heute zunächst kleine Vorarbeiten und lenkte dann die

#### 2. Beratung des Handelsetats

beim Kapitel „Gewerbliches Unterrichts- und Fortbildungswesen“ fort.

Hdr. Wollast (Wittich) betont, daß verschiedene Gemeinden sich zusammenzuschließen, um das Gewerbebetriebe wirksam ausbauen zu können. Nach Mitteln der Ministerialdirektionen können sich immer noch 800.000 Jugendliche der Berufsfindung fern, darunter 700.000 weibliche, wenn man aber heute der Frau überall gleiche Rechte und Chancen, wie dem Manne, gebe, müßte man auch der Frau die für den Wettbewerb erforderliche Berufsbildung verschaffen. Die Fortbildung nach schulischer Einleitung des Berufsunterrichts müßte ausgebaut werden. Die Fortbildung in der Berufsschule. Der allem müßte der Staat zu Verfügung gestellt werden. Hdr. Dr. Wollast (Wittich) erklärt, er müsse die Theorien ablegen, daß der Berufsunterricht unbedingt den landwirtschaftlichen Fortbildungsinhalten gute Verhältnisse erhalten, zumal da man gerade bei ihnen einen wertvollen nachschub zu erwarten habe.

Hdr. Wollast (Wittich) betont, daß keiner Freude über das einmündige Aufkommen der Fraktionen im Ausschuß mit dem Bundesminister beim gewerblichen Unterrichts- und Fortbildungswesen. Vor allem habe es auch immer

an ausreichenden Schulgebäuden. Das Zentrum wünsche auch Förderung des Turnunterrichts in den Berufsschulen. Die Berufsschulreform müßte auch vom Zentrum vertreten, wobei man namentlich daran denke, die noch ausstehenden 700.000 weiblichen Jugendlichen von der Berufsschule erhalten zu lassen. Der Redner betont zum

Schluß ebenso wichtig, wie die Förderung sei für die Jugendlichen in der Berufsschule auch die geistliche Ausbildung im Religionsunterricht. Das Zentrum werde auf diese Frage noch zurückkommen.

## Die Regierungsvorlage über die Eidesreform.

### Der Reichsjustizminister erläutert sein Problem.

— Berlin, 22. Febr. 1929. (Telegr.)

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages vertrat Reichsjustizminister Koch die Vorlage des Reichsjustizministeriums zur Neuordnung der Eidesparagrafen. Für eine Neuregelung können

vier Lösungen

in Frage. Entweder man bestimme grundsätzlich den Eid als Mittel zur Erhaltung gerichtlicher Aussagen bei und begnüge sich mit geringfügiger Reform, oder man lasse die Eid grundsätzlich ab und lasse an seine Stelle die freiwillige Beträufung. Sollte man nun dreifach dazu überlegen, den Eid für wichtige Fälle noch in Anspruch zu nehmen, in allen anderen Fällen es aber bei der Straffreiheit der Zeugnisaussagen bewenden zu lassen, so werde man dem Angeklagten oder dem sonst an einer Wahrheitsforderung Interessierten ein Recht einräumen, die Beträufung abzulehnen. Bei der Eid abgenommen wird, bei der aber die Unwahrheit strafbar ist.

Die Eid in unteren Vorstufen als „Beträufung“ bezeichnet. Sie wird als Beträufung, nicht als Betrug behandelt. Daneben aber muß in allen Fällen, in denen von der Aussage eines Zeugen die entscheidende Beurteilung eines Falles abhängt, die äußerste Wahrheitsforderung der Eid ausgelassen bleiben. Für die Verurteilung eines solchen Eides wird ein Verstoß gegen die Wahrheitspflicht verlangt. Ferner soll nur der Teil der Aussagen unter Eid gestellt werden, der für die Entscheidung des Gerichts ausschlaggebend ist. Diese Fälle werden erheblich eingeschränkt und dadurch bedeutungslos gemacht. Der Eid wird grundsätzlich die höhere Stufe des Betrages annehmen.

Unter Vorstufen leben ausdrücklich vor, daß

die beträufte Aussage irreführend bleibt.

wenn die unter Eid abgegebenen Aussagen. In der Hand eines geschickten Richters wird also die neue Bestimmung vorzuziehen sein der bisherigen Regelung

dadurch unterschieden, daß man in Fällen, die auf des Richters Schmeide stehen, in der Lage ist, nochmals mit Nachdruck auf eine wahrheitsgemäße Aussage hinzuwirken.

Im einzelnen ist zu den Vorstufen noch folgendes zu sagen: Der Entwurf schränkt auch die Fälle der Beträufung gegenüber den bisherigen Fällen der Beträufung nach ein, indem von der Zulässigkeit der Beträufung nach abgelehnt wird, wenn von allen Beträufungen darauf verzichtet wird. Es steht weiter grundsätzlich von der Beträufung dann ab, wenn die Aussage nach der Überzeugung aller Mitglieder des Gerichts unerschütterlich oder glaubwürdig ist.

Im Zusammenhang damit wird auch durch eine weitere Einschränkung des Tragerrechts des Richters solchen Aussagen vorgebeugt, indem die Aussagen nach Tatsachen, die dem Zeugen oder einem seiner Angehörigen zur Unruhe gereicht oder nach Vorfragen, nur gestellt werden dürfen, wenn es unerlässlich ist.

Was weiterhin die Frage anbelangt, wie

der fahrlässige Falschheid

und die fahrlässige Falschheid bestraft werden sollen, ist nicht darauf verzichtet worden, daß in Fällen, wo von den Aussagen eine Verurteilung verlangt wird und eine solche Verurteilung fahrlässigerweise vorgenommen hat, eine Verurteilung erfolgt. Ein Offenbarungseid, den jemand an der Hand eines fahrlässigen Falschheides, vollkommene fahrlässige Beträufung, kann ohne Schädigung der allgemeinen Rechtsicherheit nicht entfallen.

Hdr. Dr. Koch (Zentrum) des weitest die Zweckmäßigkeit einer gründlichen Überlegung, wie sie der neue Entwurf bringe. Bedenken hatte er besonders gegen das Stufenwesen. Wenn die Leute wüßten, daß sie unendlich vernommen werden, dann würden sie der Meinung sein, daß sie es mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen brauchen. Redner trat dafür ein, es bei den bisherigen Ausnahmefällen zu lassen und im Einführungsgesetz Bestimmungen zu treffen, durch die die Einführung der Eid beibehalten wird. Mit der Beträufung des fahrlässigen Falschheides war es einverstanden.

Dann vertagte sich der Ausschuß.

## Gärung in Spanien gegen die Diktatur.

Feuerbefehl gegen Artillerie. — Die Infanterie weigert sich und setzt ihre Offiziere gefangen.

### Es wird ernst.

— London, 22. Febr. (Telegr.)

„Daily Express“ berichtet von der spanisch-italienischen Grenze:

Die Durchführung des künftigen Defekts, durch das auf die Fortsetzung des Generals Primo de Rivera bin der König von Spanien das Artilleriekorps ansetzt, hat eine neue

Bedrohung für den Frieden des Landes geschaffen. Infanterieoffiziere in Sevilla, die den Befehl erhalten hatten, die Verwalter der örtlichen Artillerie-Matrimonien zu übernehmen, wurden plötzlich von Kabinetten und inneren Offizieren der Schule angegriffen und eine Anzahl von ihnen wurde ernstlich verletzt. Die Infanteriekommandeure beklagten, das

Feuer auf die Artillerieoffiziere

zu eröffnen, aber die Soldaten weigerten sich, dem Befehl nachzukommen und ließen ihre Offiziere in den Kaserne gefangen, wo sie lange Zeit verblieben, bis sie von Mitgliedern der örtlichen

Polizeitruppen befreit wurden, die strategische Stellungen eingenommen hatten und denen es schließlich gelang, die Ordnung wiederherzustellen.

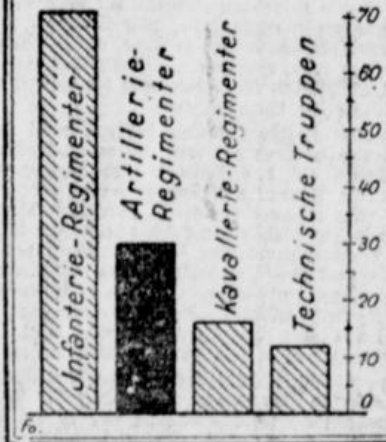
Endgültige Nachrichten aus anderen Teilen des Landes können nicht befragt werden, aber es verlautet, daß ähnliche Zwischenfälle in zahlreichen

Bezirken vorzukommen seien. Die Nachrichten werden durch eine strenge Zensur, die von der Regierung errichtet worden ist, abgefangen. Eine Kabinettsitzung fand gestern statt, um die Lage zu erörtern.

Der Ernst der augenblicklichen Lage tritt in einer Mitteilung des „Journal“ von Madrid zutage, das der Diktatur des Generals Primo de Rivera sehr kritisch gegenübersteht. Diese Zeitung behauptet, daß angeblich der Genie der Diktatur der König beiseite gestellt sei.

Sanchez Guerra, der augenblicklich ein Gefangener ist, zur Macht zurückzurufen. Dies würde — dem Korrespondenten des „Daily Express“ zufolge — das Ende des Regimes Primo de Riveras bedeuten.

### Die Waffengattungen der spanischen Armee



Ein Viertel der spanischen Armee ohne Offiziere.

Unter Tabelle steht, daß die Auflösung der spanischen Artillerie-Offizierskorps ein Viertel der Armee ohne Führer läßt. Die spanische Armee besteht aus 71 In-



Der ehemalige Parlamentspräsident verhaftet.

Miguel Miquelena, der bekannte spanische Staatsmann, wurde auf Befehl des Diktator-Ministerpräsidenten verhaftet. Miquelena

## Das Transferproblem.

### Alles noch Theorie.

— Paris, 22. Febr. 1929. (Telegr.)

In der Kommission des Schiedsrichtersauschusses erörterte heute der Junfer-Ausschuß Bericht über seine Arbeiten. Im Laufe der Diskussion, die sich daran knüpfte, wurden verschiedene Vorschläge an den Vorschläge vorgenommen. Es handelte sich um Änderungen

der Junfer-Ausschuß in der am Montag stattfindenden nächsten Kommission — der heutigen Nachmittag und der morgige Tag bleiben freigelegt — seinen endgültigen Bericht vorlegen.

Im Laufe der Sitzung wurde über die Frage, wie man vorgehen soll, eine Diskussion über verschiedene materielle Punkte ein, so daß der ganze Komplex bedeutend erweitert worden ist. Man unterließ sich über Einfuhr, Ausfuhr, Handels- und Zollunionen und selbst

(Continued from page 10)



